

Steuerreform: Das Problem im Klartext

Gastkommentar. Höchste Zeit, dass Regierung und Abgeordnete nicht ständig nur erklären, was heilige Kühe sind und warum etwas nicht geht, sondern dass sie die von Fachleuten ausgearbeiteten Maßnahmen endlich einmal umsetzen.

VON GÜNTHER HACKL

Täglich melden sich mittlerweile Regierungsmitglieder, Landeshauptleute und Funktionäre von Interessenvertretungen zur aktuellen Steuerdebatte zu Wort. Die meisten dieser Wortspenden sind wenig hilfreich und daher entbehrlich. Nachfolgend wird versucht, logisch an die Aufgabenstellung heranzugehen und herauszuarbeiten, wo das wahre Problem liegt.

Ziele einer Steuerreform

Es herrscht breite Übereinstimmung darüber, dass Handlungsbedarf dahingehend gegeben ist:

► den Steuertarif für die Lohnsteuer und Einkommensteuer zu senken,

► die steigenden Schulden des Staates in den Griff zu bekommen.

Bei der Gewichtung dieser beiden Ziele und bei der Reihenfolge der zu setzenden Maßnahmen gehen die Meinungen allerdings auseinander. Während der Finanzminister seine Verantwortung für die Staatsschulden in den Vordergrund stellt, rufen der Bundeskanzler und seine Parteifreunde nach einer Steuerentlastung.

Beschaffung der Mittel

Fachleute haben den jährlichen Geldbedarf für eine Tarifreform mit 4,5 bis fünf Milliarden Euro ermittelt. Natürlich wäre es schön, auch für den Abbau der Staatsschulden zusätzliche Mittel von jährlich etwa fünf Milliarden Euro bereitstellen zu können. Zusammengerechnet könnten es schon zehn Milliarden Euro sein, nach denen gesucht wird. Geld hat ja bekanntlich kein Mascherl.

Es bestehen folgende theoretische Möglichkeiten, diese zehn Milliarden Euro zu finden:

► **Neue Steuern erfinden** oder bestehende Steuern erhöhen. Die prominentesten Beispiele sind eine Erbschaftsteuer und eine Vermögenssteuer. Jedenfalls sollte es laut Bundeskanzler und seiner Partei, der SPÖ, eine „Reichensteuer“ sein. Was auch sonst? Den weniger Wohlhabenden kann man ja nichts mehr wegnehmen.

Man kann jedoch bezweifeln, dass es alle „Reichen“ weiter in diesem Land aushalten, wenn sie noch mehr zur Kasse gebeten werden. Eine behutsame Erhöhung der Grundsteuer, die legistisch und



technisch leicht umzusetzen wäre, hätte da schon mehr Fantasie, würde aber nicht nur die „Reichen“, sondern – in deutlich kleinerem Ausmaß – auch viele Wohnungsmieter über geringfügig höhere Betriebskosten treffen.

► **Steuern umschichten.** Das hieße Begünstigungen abschaffen, um mit den frei werdenden Mitteln einen niedrigeren Steuertarif zu ermöglichen. Begünstigungen, die an erster Stelle genannt werden, sind die Besteuerung der Sonderzahlungen, der Überstundenzuschläge und anderer Zulagen sowie der Gewinnfreibetrag bei den Selbstständigen. Psychologisch wäre es vorteilhaft, mit niedrigeren Steuersätzen rechnen zu können, aber den Steuerzahlern verbliebe insgesamt gesehen netto auch nicht mehr im Jahr als bisher.

► **Einsparungen vornehmen.** Jeder weiß, dass Einsparungen dort am besten wirken, wo besonders viel Geld ausgegeben wird. Besonders viel Geld kosten den Staat (das sind wir) jedenfalls das frühe Pensionierungsalter, Sozialleistungen, insbesondere im Gesundheitsbereich, aber natürlich auch die ÖBB, die Verwaltung, die Sozialversicherungsträger und viele andere mehr.

Unter diesen drei theoretischen Möglichkeiten, Mittel zu beschaffen, findet sich jedoch keine einzige, die ungeteilte Zustimmung von allen Parteien oder allen Interessenverbänden erhält.

Aus Sicht der Mittelbeschaffung wäre es nur logisch, einen Mix umzusetzen – zum Beispiel Erhöhung der Grundsteuer, Abschaffung von Begünstigungen, auch wenn diese für viele als heilige Kühe angesehen werden, schnellere Erhöhung des faktischen Pensionsalters und massive Vornahme zahlreicher anderer Einsparungen.

DER AUTOR



Prof. Dr. Günther Hackl (*1955) studierte Rechtswissenschaften an der Uni Wien (Promotion 1977) und an der Wirtschaftsuniversität. Seit 1982 Steuerberater und geschäftsführender Gesellschafter einer Steuerberatungsgesellschaft in Wien. Mitglied des Fachsenats für Steuerrecht und der Steuerberater-Prüfungskommission der Kammer der Wirtschaftstreuhänder.

[Privat]

Es bringt uns nicht weiter und macht die Sache nicht besser, wenn Politiker oder Interessenverbände selbst oder in Kommissionen und Arbeitsgruppen immer weiter nach Ideen und Konzepten suchen. Also Schluss damit. Zahlreiche Vorschläge von Experten, die das Thema besser beherrschen als Politiker, liegen auf dem Tisch und sind endlich umzusetzen.

Hervorzuheben sind die Vorschläge des Fachsenats für Steuerrecht der Kammer der Wirtschaftstreuhänder, die Vorschläge des Rechnungshofes und insbesondere das von Professor Karl Bruckner entwickelte Modell eines integrierten Steuertarifs, der in der Art einer Flat Tax auch die Sozialversicherungsbeiträge enthält.

Was tun Minister eigentlich?

Die Knackpunkte dieses Modells sind die derzeit unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen für die Sozialversicherungsbeiträge und für die Steuer. Während die Sozialversicherung dem Anspruchsprinzip folgt, richtet sich die Besteuerung nach dem Zuflussprinzip. Widerstand ist natürlich von den Sozialversicherungsträgern zu erwarten. Dennoch wäre das Modell eine

einmalige Chance, mit einem großen Wurf Abgaben umzuschichten und Einsparungen zu erzielen – sowohl in der Verwaltung als auch bei den Unternehmen in der Personalverrechnung.

Umsetzen ist für eine Regierung natürlich viel schwieriger als – auf niedrigem Niveau – weitere neue Ideen hervorzubringen, wie zuletzt den Handwerkerbonus und die Gratiszahnspange. Beides um bescheidene je zehn Millionen Euro und mit beachtlichem Verwaltungsaufwand! Den Dienstleistungsscheck und anderen Pipifax hat man ja fast schon vergessen.

Wenn Regierungsmitglieder zu einem Vorschlag sagen, dieser sei „zwar gut, aber politisch nicht durchsetzbar“, fragt man sich, was eigentlich die Aufgabe eines Regierungsmitglieds ist. Beinhaltet der Job als Minister nicht geradezu den Auftrag, Dinge umzusetzen?

Blockierer: Von Häupl bis Pröll

Haben die Steuerzahler und Wähler ihre Vertreter eher dafür gewählt, dass sie eigene ausgefranzte Ideen zur Welt bringen oder dass sie fundierte Vorschläge von Fachleuten aus der Praxis evaluieren und umsetzen?

Jeder weiß zwar, wie es geht, aber keiner macht es. Die Umsetzung sinnvoller Maßnahmen scheint derzeit unmöglich, weil sich gegen jeden Vorschlag sofort irgendjemand querlegt, sei die Maßnahme sachlich auch noch so fundiert. Meister in diesem Fach sind der Wiener Bürgermeister Michael Häupl, der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll, Arbeiterkammer und ÖGB, Wirtschaftskammer, die Sozialversicherungsträger und viele andere.

Die Einzigen, die sich nicht querlegen können – allenfalls erst bei der nächsten Wahl – sind die Steuerzahler. Hoffentlich vergessen sie bis zum Wahltag nicht, welche Maßnahmen über sie hinweg umgesetzt wurden. Es wäre höchste Zeit für die Regierung und für die dahinter stehenden Parlamentarier, alle Kraft darauf zu verwenden, sich nicht ständig gegenseitig in den Medien zu erklären, was heilige Kühe sind und warum etwas nicht geht, sondern gemeinsam die von Fachleuten bereits ausgearbeiteten Maßnahmen endlich umzusetzen.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

PIZZICATO

Die Helden von gestern

Eine Gesellschaft kann man auch daran messen, wie sie mit ihren Stars von gestern umgeht. Kaum hat man sich von der Nachricht erholt, dass Alf einfach zum Ertrinken in einen deutschen See geworfen wurde (die deutschen Behörden bargen eine lebensgroße Alf-Plüschpuppe), folgt die nächste schockierende Nachricht. Man hat in dieser schönen Welt keine Verwendung mehr für die Diddl-Maus. Die Firma, die die Rechte an dem Tier hält, will diese wegen sinkender Umsätze nicht mehr länger nutzen.

Was kommt als Nächstes? Lässt man zu, dass der Pumuckl sich einfach in Luft auflöst? Stellt man Woody Woodpecker einen Baum auf? Bewirft man Calimero mit Eiern (wodurch bei ihm ein schaler Nachgeschmack bliebe)? Fakt ist: Immer mehr Stars von gestern müssen sich einen neuen Job suchen. Der Pink Panther etwa heuerte sogar in der Politik bei den Neos an, bekam aber wegen des enttäuschenden Ergebnisses bei der EU-Wahl dann doch kein Mandat.

Indes öffnete die Diddl-Maus das Kuvert, das sie in ihrem Briefkasten gefunden hatte. Es war von der PVA. Das Pensionskonto war mager gefüllt, wie der Brief verriet. „Was soll ich als Star, den niemand mehr will, nur tun?“, fragte die Maus. Verzweifelt schaltete sie das TV-Gerät ein. Es lief Fußball. „Das ist es!“, schrie Diddl erfreut – und knallte sich beim WM-Studio des ÖFB um einen Auftritt (sieh)

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:

Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

„Fronleichnam-Events“ und „Sommer Sale“

„Gut, wenn das Ministerium den Reichtum der Sprache predigt“, „Quergeschrieben“ von Rudolf Taschner, 12. 6.

Herr Taschner hat recht, wenn er schreibt, dass Ausdrücke aus fremden Sprachen die deutsche bereichern. Das gilt nicht nur für Paradeiser, Ribisel oder Palatschinken. Im Deutschen fest verankert sind seit Jahrhunderten viele griechische und lateinische Worte. Aber heute gilt es als „cool“, viele anglo-amerikanische Ausdrücke nicht nur in der Computersprache zu verwenden, dazu einige Beispiele:

es „X-mas Events“ oder jetzt aktuell „Fronleichnam-Events“, Winter Sale und Summer oder noch besser Sommer Sale. Meist wird alles falsch ausgesprochen, kein Wunder bei zehn Prozent Analphabeten. Vielleicht muss man sich „downsizen“, um das zu verstehen.
Wolf-Dieter Haberl, 3161 St. Veit

Im äußersten Fall schickt uns Brüssel die Troika

„Wie Österreich zur Bananenrepublik verkommt“, Gastkommentar von Walter Langer, 13. 6. Bananenrepublik – was bedeutet das für die Budgetanierung? Kleine Analyse gefällig? Österreichs Staatsverschuldung ist zu hoch. Also Steuern rauf oder sparen. Des Finanzministers klare Linie: Sparen statt neuer Steuern.

Den ersten Budgetentwurf 2014/15 hat Brüssel jedoch mit Verweis auf neue Berechnungsmethoden des BIP zurückgewiesen. Also

zent des Gesamthaushaltes. Nicht sehr ambitioniert. Der Sparwille der Länder und Institutionen ist noch nicht sehr ausgeprägt. Bis die Ergebnisse der eingesetzten Kommissionen greifen, vergehen Jahre.

Nun macht der Finanzminister einen ungewöhnlichen Schritt: Er setzt einen Teil der Hypo-Schulden per Gesetz auf null. Bringt einige Milliarden und schafft Zeit, bis Gerichte geurteilt haben. Konsequenz dieses Schrittes: Ratingagenturen drohen mit Herabsetzung der Kreditwürdigkeit. Schulden machen kann erheblich teurer werden. Ob sich überhaupt noch Geldgeber für ein Land finden, das seine Schulden per rückwirkendem Gesetz auf null setzt, ist darüber hinaus fraglich.

Auf jeden Fall wird aber so ein enormer Spardruck aufgebaut, und das ist sehr wichtig. Man kann wohl davon ausgehen, dass dem Finanzminister und seinen